

# Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Voices in Defence

Neuer Schwerer  
Transporthubschrauber

Der Podcast des Behörden Spiegel

Nr. 78 Berlin und Bonn

12. Januar 2023



ISSN 2699-9749



**Broemme  
meint**

**Silvester**

(BS) Ich wünsche der Leserschaft ein gutes Jahr 2023! Leider hat das neue Jahr nicht überall gut angefangen. Nicht nur in Berlin gab es gewaltsame Ausschreitungen gegen Einsatzkräfte der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste. Wir reden hier nicht von Ausrastern oder Jugendsünden, sondern von teilweise vorbereiteter und organisierter Gewalt. Wenn z. B. Feuerwehrkräfte in Hinterhalte gelockt, dann die Straßen mit brennenden Barrikaden zugemacht und die Feuerwehrwagen dann geplündert werden, dann hat das nichts mit spontanen Aktionen zu tun.

Das gab es nicht zum ersten Mal, allerdings ist es jetzt öffentlich spruchreif: Die Politik, die Verwaltung und vor allen Dingen die Justiz müssen handeln. Die Täter müssen identifiziert und im Rahmen des seit 2017 erweiterten Strafmaßes auch zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, um ein Zeichen zu setzen. Die Einsatzkräfte erwarten, dass sich die Gesellschaft und die Politik vor die Einsatzkräfte stellt.

Schockierende Vorkommnisse helfen aber lähmen zugleich. Wenn nach diesen Warnschüssen nicht konzentriert und konsequent gehandelt wird, wird weiteren Übergriffen Tür und Tor geöffnet. Und das darf wahrlich nicht passieren.

**Albrecht Broemme**

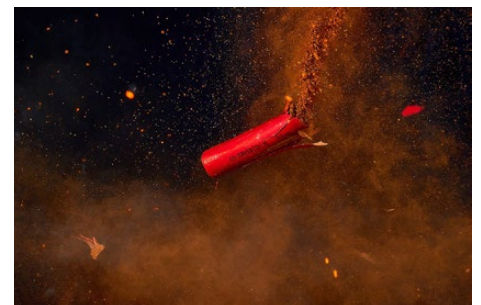
Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

## Angriffe, Forderungen und Versprechen

(BS) Dass die Silvesternacht für Einsatzkräfte physisch und psychisch auslaugend ist, ist seit Jahren eine traurige Wahrheit. Doch der Jahreswechsel 2022/2023 stellt einen Negativrekord auf. In Berlin konnten insgesamt 38 Übergriffe über das interne Meldesystem dokumentiert werden. Dabei wurden 15 Einsatzkräfte verletzt. Eine Einsatzkraft musste stationär in einem Krankenhaus behandelt werden. Die Meldungen aus der Nacht lauteten u. a.: "Schreckschusspistole ins Gesicht gehalten", "Augenverletzung durch Pfefferspray und stumpfe Gewalteinwirkung gegen eine Einsatzkraft", "Bierkisten und Feuerlöscher auf Fahrzeuge geworfen", "Behinderung der Einsatzmaßnahmen durch Barrikaden", "Plünderung von Einsatzfahrzeugen durch verummte Personen" oder "Starke Beschädigung mehrerer Fahrzeuge durch Pyrotechnik, sodass diese außer Dienst gehen müssen".

Berlin ist dabei nicht alleine. Von der Feuerwehr Hamburg heißt es: "Erschreckend in unserer Silvester-Neujahrs-Bilanz ist die Art und Weise, wie Einsatzkräfte des Rettungsdienstes, der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren während der Silvesternacht mit Feuerwerkskörpern aggressiv angegangen, regelrecht beschossen wurden." Aber auch aus Essen, Bonn oder Stuttgart wurden Angriffe gemeldet.

Die Forderungen nach einer konsequenten Strafverfolgung und Beseitigung dieser Missstände kamen prompt. "Der Staat muss die gesetzlichen Möglichkeiten zu Ermittlung und Bestrafung der Täter voll ausschöpfen und Gewalt gegen Einsatzkräfte rigoros ahnden", fordert der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), Karl-Heinz Banse. Falls nichts unternommen werde, könnte es Probleme bei der



Silvester waren Einsatzkräfte bundesweit Ziele von Angriffen.

Foto: BS/Till Frers, [pixabay.com](https://pixabay.com)

Nachwuchsgewinnung geben, befürchtet er. Es müsse geprüft werden, ob eine Abschreckung durch Technik wie Dashcams oder Bodycams möglich sei. Ebenso könnten Böllerverbotzonen eingerichtet werden. Ähnliche Forderungen stellt auch der Vorsitzende der Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG), Siegfried Maier, im Interview mit dem Behörden Spiegel (siehe Seite 2).

Der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes, Knut Fleckenstein, erklärte zur Silvesternacht: "Diese gewalttätigen Übergriffe auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht müssen Konsequenzen haben. Die Täter müssen ermittelt und bestraft werden."

Aus der Politik kündigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) an: "Angriffe auf Beschäftigte werden wir nicht hinnehmen. Der Staat muss sich vor die Beschäftigten stellen. Täter müssen schnell bestraft werden, nur das schafft Respekt vor dem Rechtsstaat." Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) erklärte: "Ich hoffe auf eine erfolgreiche und konsequente Strafverfolgung und werde meinen Beitrag – auch über Innovationen wie zum Beispiel die Bodycam – dazu leisten. Auch rechtliche Neuerungen sollten wir uns anschauen und diskutieren."

## "Wir kommen als Helfer und gehen als Opfer!"

(BS) Die Bilder der Ausschreitungen und Angriffe auf Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei in der Silvesternacht wirken auch Tage nach den Ereignissen nach. Im Interview erklärt Siegfried Maier, Bundesvorsitzender der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG), was die Angriffe mit den Feuerwehrkräften machen und ob ein Feuerwerksverbot zielführend ist. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.

**Behörden Spiegel:** Was haben Ihnen Ihre Gewerkschaftsmitglieder und Feuerwehrkameraden von der Silvesternacht geschildert?

**Siegfried Maier:** Unsere Gewerkschaftsmitglieder und Feuerwehrkameradinnen und -kameraden berichten uns seit der Silvesternacht von den Angriffen auf die Einheiten der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, aber auch von Angriffen auf die Kolleginnen und Kollegen der Polizei. Im Wesentlichen wird uns das berichtet, was momentan in den Medien schon zu lesen und zu hören war.

Bei uns landen aber auch die Gedanken und Ängste, die nach den Angriffen bei den Einsatzkräften hängen bleiben, Unverständnis, Wut, Angst und der Wunsch nach Bestrafung solcher Gewalttaten: "Wir kommen als Helfer und gehen als Opfer! Ist das unsere Zukunft als Rettungskräfte? Wieso wird dies toleriert und evtl. Strafen sind nicht wahrnehmbar? Die Angriffe und Gewalttaten gegen Helfer haben jetzt eine neue Qualität, die Spirale hat sich sehr deutlich weitergedreht. Absichtliche Hinterhalte gegen Feuerwehr und Rettungsdienst waren in dieser Nacht gefühlt vorbereitet. Verletzungen, Traumata und vielleicht sogar das Töten von Einsatzkräften waren geplant? Was ist die nächste Stufe? Werden bei den nächsten Feierlichkeiten vielleicht sogar Feuer-, Rettungswachen und Notaufnahmen gestürmt, um hier zu vollenden, was auf der Straße nicht vollbracht wurde? Wer hilft uns jetzt?"

Solche Fragen und Gedanken werden von den Kolleginnen und Kollegen nun gestellt und zeigen, diese Nacht hat Wunden und



*Siegfried Maier ist Bundesvorsitzender der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft (DFeuG) und Feuerwehrmann bei der Berufsfeuerwehr München.*

*Foto: BS/privat*

Traumata hinterlassen.

**Behörden Spiegel:** Sind Angriffe auf Großstädte und Ballungszentren beschränkt?

**Maier:** Angriffe gegen Einsatzkräfte sind nicht auf Großstädte und Ballungszentren beschränkt. Es gibt immer wieder auch Berichte, dass auch auf dem Land Angriffe gegen Einsatzkräfte erfolgen. Allerdings sind diese Angriffe dort (noch) nicht so häufig. In Großstädten und Ballungszentren sind diese Taten aber sehr viel zahlreicher. Auch in den einzelnen Städten gibt es Unterschiede in den Bezirken und Stadtteilen.

**Behörden Spiegel:** Wie können solche Angriffe verhindert werden?

**Maier:** Ob Angriffe generell verhindert werden können, wage ich zu bezweifeln. Es muss aber verhindert werden, dass Täter straffrei davonkommen. Die Einsatzkräfte müssen erfahren, dass sie nicht alleine gelassen werden und sie müssen sehen, dass Angriffe verfolgt, aufgeklärt und bestraft werden. Es muss für Einsatzkräfte wie auch vor allem für potenzielle zukünftige Täter erkennbar sein, dass solche Taten eine besondere Relevanz für unsere Gesellschaft und den Staat haben. Urteile

müssen häufiger sichtbar gemacht werden! Sie müssen schnell erfolgen. Hier kann auf die Sondereinsatzlagen mit z. B. mobilen Justizzentren, Sonderstaatsanwaltschaften sowie Richterinnen und Richter z. B. beim G7 Gipfel in Elmau hingewiesen werden. Die Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft weist bereits seit 2016 auf Gewalt gegen Einsatzkräfte hin und sensibilisiert. Seit 2018 gibt es dazu eine Zehn-Punkte-Forderung. Wir brauchen aber auch spezielle Therapie- und Versorgungslösungen für Kolleginnen und Kollegen, die durch Angriffe verletzt wurden. Hier ist auch wichtig, dass nach einem Trauma, körperlich wie psychisch, schnelle Hilfe erfolgt. Die Besonderheit unserer Helfer muss auch besonders gezeitigt werden.

**Behörden Spiegel:** Was sind weitere Stellschrauben?

**Maier:** Eine Verbesserung der Ausrüstung ist ein weiterer Pfeiler, der helfen kann, aktiv wie passiv den Schutz in besonderen Einsatzlagen zu verbessern. Bodycams wie auch Dashcams können helfen, Täterinnen und Täter zu identifizieren. Dies könnte vor allem einen gerichtsfesten Vorteil schaffen, ohne Einsatzkräfte abstellen zu müssen, die das Einsatzszenario beobachten, um hinterher eine Identifizierung der Täterinnen und Täter zu ermöglichen. Die Berichte über die Erfahrungen bei der Deutschen Bahn und der Polizei lassen auch hoffen, dass die zukünftige Ausrüstung mit solchen Dokumentationsgeräten Einsatzlagen deeskalieren kann. Böllerverbote und Feuerwerkverkaufsverbote sind, aus meiner Sicht, wichtig zu diskutieren. Mit dieser Diskussion müssen die Fragen nach Erforderlichkeit, Eignung und vor allem der Verhältnismäßigkeit einhergehen. Wenn es nicht gelingt, geeignete Maßnahmen "einzuführen", die Einsatzkräfte schützen und erkennen lassen, dass diese besonders schützenswert sind, dann ist eine generelle oder örtlich begrenzte Reglementierung von privatem Böllern und Feuerwerk aus meiner Sicht die Ultima Ratio.

*Fortsetzung auf Seite 3*

Fortsetzung von Seite 2

Hier muss aber auch ein Ersatz – öffentliche Feiern mit Feuerwerk – angeboten werden und eine Möglichkeit der sofortigen Sanktionierung (mobile Justizzentren) sichergestellt sein. Sonst läuft eine solche Maßnahme ins Leere. Ich hoffe aber, dass andere Möglichkeiten gefunden und umge-

setzt werden.

**Behörden Spiegel:** *Wo ist die Politik gefordert?*

**Maier:** Die Politik ist jetzt schnell gefordert. Sie muss es schaffen, verloren gegangenes Vertrauen der Einsatzkräfte wieder herzustellen. Sie muss tragbare Lösungen entwickeln und umsetzen. Nicht erst in fünf

Jahren – wir brauchen diese jetzt! Viele Chancen hat die Politik nicht, um das System der Gefahrenabwehr in der jetzigen Form halten zu können. Vielleicht ist das nächste Silvester die letzte Chance! Natürlich sind die Analyse und das Benennen der Realitäten wichtig und müssen erfolgen, aber für die Einsatzkräfte sind die Ergebnisse, die man auf den Straßen merkt, das Maß, an dem die Politik gemessen wird.

## M-V informiert über Wärmeinseln

(BS) Sollte im norddeutschen Bundesland die Heizung ausbleiben, können sich Bürgerinnen und Bürger fortan auf der Webseite des Landesamtes für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern über Wärmeinseln informieren. Auch der aktuelle Planungsstand findet sich auf dem Online-Angebot.

Bei einem Ausfall der öffentlichen Wärmeversorgung in der Heizperiode öffnen die Gemeinden die Pforten zu den sogenannten Wärmeinseln. Dabei handelt es sich um mit Notstromaggregaten beheizte Räumlichkeiten. Diese bieten der Bevölkerung zeitlich begrenzt Aufenthaltsmöglich-

keiten. Etwa 600 derartige Einrichtungen hält das Land für den Notfall bereit.

Neben den Planungen für Wärmeinseln sind auf der Webseite auch aktuell etwa 530 so genannte Leuchttürme aufgeführt. Hinter diesem Begriff verbergen sich nicht etwa beleuchtete weiß-rote Türme, sondern Notrufzentralen. Bei Ausfall des Fest- oder Handynetzes bleibt es an diesen Orten möglich, einen Notruf abzusetzen.

“Wir haben einen guten Arbeitsstand erreicht, den wir auf der Internetseite den Menschen gern zur Orientierung in ihrer Umgebung vorstellen möchten. Die Planungsprozesse gehen aber weiter, so dass sich auch in den kommenden Wochen im-

mer mal wieder ein Blick auf diese Seite lohnt, weil sich im weiteren Arbeitsprozess sicherlich weitere Standorte ergeben werden“, kündigt Innenminister Christian Pegel (SPD) an. Darüber hinaus stellt der SPD-Politiker klar, dass die Einrichtungen ausschließlich der Notfallversorgung dienen. Eine Besichtigung der Wärmeinseln und Leuchttürme ist nicht vorgesehen.

Des Weiteren macht der Minister deutlich, dass die Maßnahmen des Landes weder davon entbinden, selbst Vorbereitungen zu treffen, als auch Nachbarn im Bedarfsfall mit helfender Hand zur Seite zu stehen.

*Der aktuelle Planungsstand findet sich [hier](#).*

## BOS-Digitalfunk: Neues Referat im BMI

(BS) Im Bundesinnenministerium (BMI) ist ein neues Referat geschaffen worden. Die Beschäftigten des neuen Referats CI 9 sind u. a. für den BOS-Digitalfunk inklusive dessen Weiterentwicklung zum breitbandigen Datenfunk, die koordinierende Fachaufsicht über die Bundesanstalt für den Digi-

talfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) sowie die Funkfrequenzpolitik und -verwaltung für die Netzinfrastrukturen der öffentlichen Verwaltung (inklusive BOS-Digitalfunk) verantwortlich.

Diese Aufgaben waren bislang im Referat CI 5 ressortiert. Dieses erhält nun eine neue Bezeichnung. Sie lautet künftig “Netzinfrastrukturen, Netzstrategie 2030, Informationsverbund der öffentlichen Verwaltung”. Das Referat konzentriert sich künftig auf die Ausrichtung für die vom Bund zentral verantworteten Netzinfrastrukturen und deren Entwicklung hin zum Informationsverbund der öffentlichen Verwaltung (“Netze des Bundes”). Im Referat CI 5 verbleiben dafür u. a. die Zuständigkeiten für Netzinfrastrukturen in der öffentlichen Verwaltung,

die Fachaufsicht über die BDBOS als Betreiberin der Netze sowie die Mitwirkung beim Krisenmanagement der Bundesverwaltung bezogen auf die Netzinfrastrukturen in der öffentlichen Verwaltung.

Die Aufgabe “Informationssicherheit in den Netzinfrastrukturen der öffentlichen Verwaltung“, die bisher von CI 5 wahrgenommen wurde, wird in das Referat CI 4 verlagert. Referat CI 4 übernimmt damit auch die Fachaufsicht bezüglich der Informationssicherheit bei der BDBOS. Das geht aus einer Organisationsmitteilung des BMI hervor, die dem Behörden Spiegel vorliegt.

Die aktuelle Neuordnung gibt in Fachkreisen umlaufenden Gerüchten Auftrieb, dass die Aufgabenwahrnehmung von Digitalfunk und Netzen des Bundes künftig wieder institutionell getrennt werden soll.



Im Bundesinnenministerium (BMI) gibt es ein neues Referat.

Foto: BS/Stefan J. Müller



## NOAH feiert 20-jähriges Jubiläum

(BS) Die beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) angesiedelte Koordinierungsstelle NOAH ist 20 Jahre alt geworden. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden grundsätzlich bei Terroranschlägen, Verkehrsunfällen, Naturkatastrophen, Entführungen, Geiselnahmen, Evakuierungen und sonstigen Unglücken im Ausland tätig.



Die Koordinierungsstelle NOAH (Foto) ist 20 Jahre alt geworden.

Foto: BS/BBK

Die Beschäftigten in Bonn beraten Betroffene und ihre Angehörigen nach derartigen Ereignissen und vermitteln psychosoziale Hilfen im Inland. Bislang wurden 388 Einsätze verzeichnet. Dazu gehören u. a. das Schiffunglück der Costa Concordia 2012 in Italien, der Absturz einer Germanwings-Maschine 2015 oder die Terroranschläge 2015 und 2016 in Paris, Istanbul, Nizza und Brüssel. Im Rahmen der Amtshilfe bietet die Koordinierungsstelle zudem Unterstützungsleistungen bei inländischen Schadensereignissen.

### Schnittstelle ausgefüllt

Das Team der Koordinierungsstelle besteht aus erfahrenen Fachkräften aus den Bereichen Psychologie, Sozial- und Kommunikationswissenschaften, Theologie, Trauerbegleitung, Rettungsingenieurwesen sowie Verwaltung. Bis zur Einrichtung von NOAH fehlte eine Schnittstelle zwischen

In- und Ausland bei Großschadensereignissen. Die Koordinierungsstelle steht mit einer 24/7-Hotline im Inland sowohl den direkt Betroffenen nach ihrer Rückkehr nach Deutschland sowie den hier lebenden Angehörigen als zentrale Ansprechstelle zur Verfügung.

BBK-Präsident Ralph Tiesler erklärte anlässlich des Jubiläums: "Seit 20 Jahren werden Menschen durch schnelle und direkte psychosoziale Hilfe unterstützt. Als NOAH 2002 gegründet wurde, war ich Leiter der Abteilung Krisenmanagement in der Vorgängerbehörde des BBK. Die Anfänge im kleinen Team waren sehr improvisiert, aber schon damals stand die unmittelbare und pragmatische Hilfe für Betroffene im Vordergrund." Auch heute noch arbeite in der Koordinierungsstelle ein erfahrenes Team psychosozialer Fachleute, die konsequente Ausrichtung auf die Bedarfe Betroffener habe nach wie vor oberste Priorität, so Tiesler.

## Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

### NEWSLETTER

#### [Newsletter "Netzwerk Sicherheit"](#)

**9. Januar:**

- Wechsel an der Frontex-Spitze

#### [Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" 9. Januar:](#)

**9. Januar:**

- Marder für die Ukraine: Die Panzerwende?

#### [Newsletter "Digitaler Staat und Cyber Security" 11. Januar:](#)

**11. Januar:**

- OZG-Nachfolge erst 2024

### [E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Die Stadt als Marke

### PODCASTS

#### [Podcast "Public Sector Insider"](#)

**10. Januar:**

- Personalmarketing und die Chancen durch Quereinsteiger

#### [Podcast "Public Sector Insider Stichwort" vom 12. Januar:](#)

**12. Januar:**

- Der Fall Anhalt-Bitterfeld

#### [Podcast "Voices in Defence" vom 12.](#)

**Dezember:**

- Neuer schwerer Transporthubschrauber



## Zukunft – Stadt und Region WEBINAR.

**Nachverdichtungspotenziale aufdecken  
mit KI gestützten Planungswerkzeugen**

**Donnerstag, 19. Januar 2023, 14:00 – 15:30 Uhr**



**Matthias Zühlke**

Gründer und CEO, syte GmbH

**Julian Peveling**

Immobilienpezialist, Sparkassen Immobilien GmbH



Grafik: © VectorMine, stock.adobe.com

## Göwecke wechselt

(BS) Der bisherige Ständige Vertreter des Berliner Landesbranddirektors, Karsten Göwecke, ist künftig Projektleiter zur Einrichtung eines Landesamtes für Katastrophenschutz. Dabei soll es sich um eine eigenständige Behörde handeln. Göwecke wird in Zukunft in der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport tätig sein.

Göwecke hatte sein bisheriges Amt seit 2007 inne. Seine Aufgaben als Ständiger Vertreter des Landesbranddirektors kommissarisch übernehmen wird der Leitende Branddirektor Per Kleist. Kleist war bislang Leiter des Stabs sowie der Projekte "Struktur 2020" und "Strategie 2030" der Berliner Feuerwehr. Für den Zeitraum der kommissarischen Wahrnehmung der neuen Aufgabe durch Kleist werden die Aufgaben des Stabsleiters unter der Federführung von Branddirektor Thomas Kirstein geführt. Er leitet bereits den Stab Kommunikation bei der Berliner Feuerwehr. Darüber hinaus gibt es einen kommissarischen stellvertretenden Ärztlichen Leiter Rettungsdienst. Dies wird Dr. Eiko Spielmann.



Karsten Göwecke, bislang Ständiger Vertreter des Berliner Landesbranddirektors, übernimmt eine neue Aufgabe.

Foto: BS/Janina Wagner

## Vier weitere eLHF für Berlin

(BS) Die Berliner Feuerwehr hat nach seinem erfolgreichen Probetrieb des eLHF vier weitere Fahrzeuge des gleichen Typs "Revolutionary Technology" (RT) beim Unternehmen Rosenbauer in Auftrag gegeben.

Die Bestellung aus der Bundeshauptstadt umfasst neben drei alternativ betriebenen Lösch- und Hilfeleistungsfahrzeugen (LHF) auch erstmals einen Gerätewagen (GW). Dieser Gerätewagen soll vor allem für die Einsatzhygiene genutzt werden. Der Gerätewagen Hygiene bringe Reinigungs- und Umkleidemöglichkeiten an die Einsatzstelle, verfüge über einen zweigeteilten, aufrecht begehbaren Aufbau für verunreinigte bzw. saubere Kleidung, heißt es von Seiten des Unternehmens. Der Antriebsstrang des GW Hygiene bestehe aus einem kompakten Elektromotor mit 165 kW Dauer- und 200 kW Höchstleistung samt 2-Gang-Getriebe. Die Batteriekapazität betrage 200 kWh.

Die Berliner Feuerwehr zog nach dem Probetrieb des ersten eLHF eine positive Bilanz und kündigte nach der Vorstellung der Ergebnisse an, weitere elektrisch betriebene Einsatzfahrzeuge anschaffen zu wollen. Von Seiten der Berliner Feuerwehr heißt



Die Elektrifizierung der Fahrzeugflotte der Berliner Feuerwehr wird fortgesetzt.

Foto: BS/Biskup-Klawon

es, dass das eLHF in dem 13-monatigen Testbetrieb etwa 1.600 Einsätze und eine Laufleistung von rund 14.000 Kilometern absolviert habe. In 90,7 Prozent der Einsätze sei rein elektrisch gefahren worden. Bei zehn Einsätzen sei der sogenannte "Range Extender" genutzt worden. Dabei handelt es sich um einen integrierten Euro 6-Dieselmotor, der zum Nachladen des Akkus für den elektrischen Betrieb genutzt wird. Auf ihn wurde zurückgegriffen, sobald der Ladezustand des Akkus 20 Prozent unterschritt. Probleme oder gar einen Ausfall des eLHF an einer Einsatzstelle gab es nie. Es hatte sich als katastrophenschutzfest erwiesen. Im Erprobungszeitraum wurden mit dem Projektfahrzeug im Einsatzdienst 10,3 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent im Vergleich zu einem konventionell angetriebenen Löschfahrzeug eingespart.



## Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

### Extremwetter – die neue Normalität?

Vorbereitungen auf Klimakatastrophen

8.2.2023, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: [www.neuestadt.org](http://www.neuestadt.org)



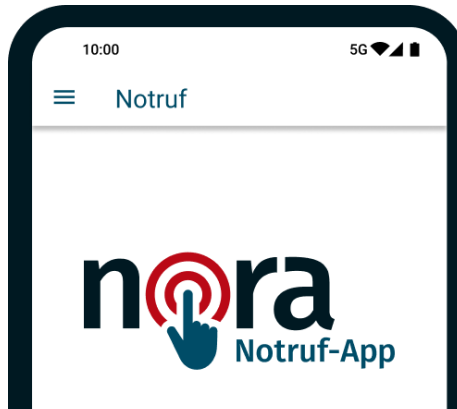
Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

## Notruf-App nora missbraucht

(BS) Im Stadtgebiet Essen wurden Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei zu mehreren mutmaßlich dringenden Einsätzen gerufen. Über die Notruf-App nora hatte eine Gruppe von selbsternannten Umweltaktivisten Notrufe abgesetzt, die sich als unwahr herausstellten. Die Gruppe bekannte sich zu den Taten.

So wurden den Einsatzkräfte u. a. ein vermeintlicher Gasaustritt in einem Wohnhaus und eine blutüberströmte Person gemeldet. Am Einsatzort angekommen, bewahrheiteten sich die Notrufe jedoch nicht. Zu allen vermeintlichen Einsätzen wurde eine Vielzahl an Kräften entsandt, die für mögliche andere Einsatzlagen nicht zur Verfügung gestanden hätten, teilte die Polizei Essen mit.

Im Nachgang an die Einsätze teilte der Nutzer der App, der die Notrufe abgesetzt hatte, den Leitstellen per Chat-Funktion



Über die Notruf-App nora wurden mehrere falsche Notrufe abgesetzt.

Foto: BS/IM NRW

mit: "Ihr dachtet es wäre ein Notfall, doch der wahre Notfall - die drohende Klimakatastrophe - durch die Millionen von Menschen sterben werden, wird von unseren Politikern konsequent ignoriert. Wir werden die-

se Form des Protests fortsetzen, bis unsere Bundesregierung effektive Gesetze erlässt, um die Klimakatastrophe zu verhindern."

Die Polizei Essen teilte mit, wer die Notruf-App missbräuchlich nutze, mache sich strafbar. Das bewusste Absetzen von falschen Notrufen über die App habe die gleichen Konsequenzen wie ein telefonischer Notrufmissbrauch über die Rufnummern 112 und 110. Der polizeiliche Staatsschutz habe die Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Notrufen aufgenommen. Nach ersten Erkenntnissen komme eine Gruppe von selbsternannten Umweltaktivisten aus Süddeutschland in Betracht. Die Ermittlungen dauerten an. Die App nora richtet sich vor allem an Personen, die nicht bzw. nicht gut telefonieren können, wie beispielsweise sprachbehinderte Mitbürger. Auch mit geringen oder keinen Sprachkenntnissen kann ein Notruf abgesetzt werden.

## ProPress

Verlagsgesellschaft mbH

Die ProPress Verlagsgesellschaft mbH ist ein Medienunternehmen für den Öffentlichen Sektor. Sie gibt den Behörden Spiegel, die aufgabenstärkste unabhängige Zeitung für den Öffentlichen Dienst in Deutschland heraus (103.000 Exemplare, IVW-geprüft). Die Behörden Spiegel-Gruppe veröffentlicht neben der seit 38 Jahren monatlich erscheinenden Zeitung zahlreiche Publikationen für den Bereich der öffentlichen Verwaltung, vier digitale Newsletter und vier Podcasts. Parallel richtet der Verlag eine Vielzahl analoger und digitaler Kongresse mit internationaler Beteiligung sowie analoge Tagesveranstaltungen und Webkonferenzen aus. Dazu zählt der Europäische Polizeikongress, der Digitale Staat, die Berliner Sicherheitskonferenz und zahlreiche Digitalisierungskongresse auf Länderebene sowie kleinere Ein-Tagesveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Mit dem Digitalen Staat Online hat der Verlag während der Corona-Pandemie das zentrale Medium zum Meinungsaustausch im Öffentlichen Dienst mit annähernd 400.000 Nutzern geschaffen. Mit hunderten Seminaren und Webinaren gehört die Behörden Spiegel-Gruppe zudem zu den großen Weiterbildungsanbietern für den Öffentlichen Dienst.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unseren Standort Bonn eine/n

### Kongressmanager, (m/w/d) Innere Sicherheit

#### IHRE AUFGABEN:

- Organisation von regionalen, nationalen und internationalen Kongressmessen (real/digital/hybrid) mit mehreren Tausend Teilnehmenden
- Gewinnung von Referenten für die Kongressmessen
- Kommunikation mit Referenten, Ausstellern, Sicherheitsbehörden und Hallenbetreibern
- Inhaltliche Vorbereitung von Programmheften
- Interne Abstimmungen mit Redaktion, Vertrieb und Grafik/Layout

#### WIR BIETEN:

- Optionen zur persönlichen Entfaltung und kollaborativen Zusammenarbeit
- Die Möglichkeit zur Weiterbildung
- Eine gute und kollegiale Arbeitsatmosphäre in einem netten dynamischen Team
- Ein abwechslungsreiches Aufgabenspektrum
- Kurze Entscheidungswege und eine flache Abteilungshierarchie

- Eine wichtige Schnittstellenfunktion innerhalb der gesamten Unternehmensgruppe und Sichtbarkeit in der jeweiligen Kongressbranche

#### IHR PROFIL:

- Abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung oder vergleichbarer Abschluss
- Sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift sowie gute Englischkenntnisse
- Sie haben eine Affinität für Themen rund um den Öffentlichen Dienst, die Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik
- Idealerweise Vorkenntnisse im Themenfeld Innere Sicherheit
- Strukturierte, selbstständige und lösungsorientierte Arbeitsweise
- Erfahrung im Projektmanagement und besitzen Organisationsgeschick
- Hohe Belastbarkeit und Reisefreudigkeit
- Sicherer Umgang mit MS Office, insbesondere Excel und Teams

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann senden Sie uns ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen inkl. Startbeginn an Bewerbung mit Lebenslauf und Zeugnissen bitte an:

**bewerbung@behoerderspiegel.de**  
ProPress Verlag GmbH  
Friedrich-Ebert-Allee 57  
53113 Bonn

**Jetzt bewerben!**



## RLP: Der Weg zum Landesamt für Bevölkerungsschutz

(BS) Das Land Rheinland-Pfalz treibt die Einrichtung eines Landesamtes für Bevölkerungsschutz voran. Als ersten Meilenstein präsentierte der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) Stabsräume für Großkatastrophen, die in der Feuerwehr- und Katastrophenschutzakademie des Landes (LFKA) eingerichtet wurden. Weitere Schritte sollen folgen.

In den Räumlichkeiten finden die Leitung des Führungsstabes, dessen einzelne Sachgebiete sowie die Fachberaterinnen und Fachberater Bedingungen für Stabsarbeit nach den anerkannten Führungsgrundsätzen vor. U. a. steht dort moderne Visualisierungstechnik zur digitalen Lagekartenführung zur Verfügung.

### Weitere Schritte in Richtung Neuausrichtung

"Aus dem neu ausgestatteten Stabsraum in Koblenz heraus könnten ab sofort sehr große Katastrophenlagen koordiniert und bei Bedarf auch geleitet werden. Neben dem technischen Equipment steht auch die passende Infrastruktur für die Bewältigung lang andauernder Lagen zur Verfügung, etwa 108 Schlafräume und eine Großküche zur Versorgung des Stabspersonals", erläuterte



Der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) (Mitte) stellte den ersten "Meilenstein" auf dem Weg zu einem Landeskatastrophenschutzamt in Koblenz vor.

Foto: BS/Mdi RLP

erte Ebling. Im Zuge der ankündigten Neuausrichtung des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz plant die Landesregierung die Einrichtung eines 24/7-besetzten Lagezentrums für den Bevölkerungsschutz. Für die Realisierung seien im Doppelhaushalt 2023/24 entsprechende Vorsorgen bzgl. Infrastruktur und Personal getroffen worden.

Diese Maßnahmen sollen den Weg zu einem Landesamt für Bevölkerungsschutz ebnen. Dieses Landesamt soll die bereits bestehenden Strukturen der LFKA und des für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Referates der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) bündeln. Innerhalb dieser neuen Behörde sollen dann sowohl die bisherigen als auch zusätz-

lichen Aufgaben aus dem Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes erfüllt werden. Zur Erfüllung der Aufgaben und Stärkung des Katastrophenschutzes wurden zudem zusätzliche 55 Planstellen geschaffen.

Im gleichen Zuge sollen auch die kommunalen Katastrophenschutzstrukturen gestärkt werden. Dafür hat das Land ein Förderprogramm in Höhe von zwei Millionen Euro aufgelegt, mit dem geländegängige und wasserdurchfahrtsfähige Einsatzfahrzeuge bezuschusst werden sollen.

### Kritik an Maßnahmen

In einem SWR-Interview kritisiert Frank Roselieb, Leiter des Kieler Instituts für Krisenforschung, die Maßnahmen. Zwar seien die Maßnahmen Schritte in die richtige Richtung, doch seien diese sehr klein. Die zur Verfügung gestellte Summe sei im Vergleich zu anderen Bundesländern "lächerlich". Niedersachsen sei zwar doppelt so groß wie Rheinland-Pfalz, gebe aber fünfmal so viel alleine für ihr Sirenenförderprogramm aus.

Roselieb bemängelt an den Plänen zudem: "Das Ganze liest sich eher als Katastrophenverwaltung an der Spitze und wenig Katastrophenmanagement in der Fläche. Genau davon lebt aber gutes Katastrophenmanagement." Auch dort seien andere Länder weiter.



## Zukunft – Stadt und Region

Die neue Veranstaltungsplattform des Behörden Spiegel

**gleich, gleicher – gleichwertig**  
Lebensverhältnisse im ländlichen Raum

25.1.2023, 14.00 – 15.30 Uhr

Mehr unter: [www.neuestadt.org](http://www.neuestadt.org)



Grafiken © VectorMine, stock.adobe.com

## Brandenburg: 438 Tonnen Kampfmittel in 2022

(BS) Gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden in Brandenburg 2022 gut ein Drittel mehr Kampfmittel gefunden. Dies teilt der Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KMBD) in seiner vorläufigen Bilanz mit. In dem nun ausgehenden Jahr entdeckten die Kampfmittelräumer rund 438 Tonnen Kampfmittel. Insgesamt konnten 347 Hektar Landesfläche aus dem Kampfmittelverdacht entlassen werden.

Die erhöhten Fundzahlen hingen mit den hohen Kampfmittelfunden bei Einzelmaßnahmen wie zum Beispiel der Beräumung von Sprengtrichtern in Hohenleipisch (Landkreis Elbe-Elster) zusammen. Unter

den knapp 440 Tonnen Kampfmitteln befanden sich circa 3.200 Stück Nahkampfmittel, 800 Stück Minen, 37.000 Stück Granaten, 800 Stück Brandbomben, 140 Stück Sprengbomben über 5 Kilogramm, 11.400 Stück Panzerabwehrraketen/Raketen, 7.500 Stück Waffen/Waffenteile sowie 578.000 Stück Handwaffenmunition.

Zudem hat der KMBD bis zum 30.11.2022 über 5.300 Anfragen von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern auf Kampfmittelbelastung bearbeitet. Der Dienst wurde zu über 2.000 Zufallsfunden im Rahmen der Gefahrenabwehr gerufen. Die Kosten für die Kampfmittelbeseitigung

in Brandenburg betragen bis Ende November 2022 insgesamt 13,9 Millionen Euro. Davon entfielen 7,7 Millionen Euro auf die Beseitigung von Kampfmitteln und 6,2 Millionen Euro auf Personal- und Sachkosten.

"Brandenburg weist nach wie vor den höchsten Anteil an Kampfmittelverdachtsflächen aller Bundesländer auf. Unser Land wird noch für Generationen mit dieser explosiven Last der Vergangenheit leben müssen", erklärte dazu Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU). Erfreulich sei zudem, dass in diesem Jahr kein Kampfmittelräumer bei der Arbeit verletzt worden sei.

## Neuer Wettersatellit MTG

(BS) Es wird eine neue Generation europäischer Wettersatelliten ins All gebracht. Es handelt sich um sechs Stück der Serie "Meteosat Third Generation" (MTG). Das gesamte Programm soll bis 2035 gestartet werden, Daten bis in die 2040er Jahre liefern und wird insgesamt über drei Milliarden Euro kosten.

Deutschland trägt davon mehr als 20 Prozent. Die neue Satellitengeneration wird die Qualität der Wetter- und Klimaüberwachung deutlich verbessern. So rechnen etwa die Verantwortlichen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) damit, dass durch MTG künftig z. B. die Erfassung von Feuchtigkeit und Bewölkung in der Atmosphäre verbessert wird. Dadurch kann die Vorher-



Es gibt eine neue Generation an europäischen Wettersatelliten. Sie stammen aus der MTG-Serie (Foto).

Foto: BS/Eumetsat

sage von Wolkenverlagerungen und damit auch Starkregen noch genauer werden. Da die Messinstrumente von MTG eine höhere räumliche Auflösung erlauben und alle zehn Minuten Daten liefern werden, erwartet man beim DWD, Gewitterwolken künftig deutlicher erkennen und ihre Lebensdauer besser abschätzen zu können. Davon profitiert u. a. die Luftfahrt.

Außerdem ermöglicht MTG erstmals für Europa und die umliegenden Meere eine Blitzmessung durch Satelliten. Bisher wurden Blitze von Bodennetzen erfasst. Die kombinierte Nutzung beider Messsysteme könne, heißt es seitens des DWD, zur Optimierung der Gewittervorhersage beitragen.



# ZUKUNFTSKONGRESS BAYERN

## DAS BAYERISCHE DIGITALGESETZ

9. FEBRUAR 2023 | München





## Konzept für Drohnenverkehr vorgelegt

(BS) Der Bedarf am Einsatz ziviler Drohnen in Deutschland wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Um diesen Verkehr besser in den bestehenden Luftraum zu integrieren, hat das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) nun ein "U-Space-Konzept" vorgelegt. In sogenannten U-Spaces fliegen bemannte und unbemannte Luftfahrzeuge in einem gemeinsamen Luftraum. Auf Basis des Konzepts wird im kommenden Jahr das erste U-Space-Gesetz erarbeitet.

### Grundlange für Gesetz im kommenden Jahr

Das U-Space-Konzeptes dient der sicheren Integration der unbemannten Luftfahrt in die bestehenden Luftraumstrukturen. Es liefert Handlungsanleitungen für ein im kommenden Jahr geplantes Gesetz zur Einrichtung von U-Spaces in Deutschland. Bei der Entwicklung waren unter anderem Bund, Länder, Luftfahrtbehörden und der Drohnenbeirat beteiligt. Die Ergebnisse des vom BMDV geförderten U-Space-Reallabors in Hamburg sind ebenfalls in das Konzept eingeflossen. Ein beim BMDV oder in dessen Geschäftsbereich angesiedelter U-Space-Koordinator soll in Zukunft unter Beteiligung der zuständigen Landesbehörden und der Kommunen über die Einrichtung von U-

Spaces entscheiden. Solche Räume sollen in Ballungsgebieten ausgewiesen werden. Dabei werden sie räumlich auf das für den geplanten Betrieb erforderliche Maß beschränkt. Um die zukünftigen Möglichkeiten der U-Spaces bereits jetzt zu erforschen, fördert das BMDV mit rund 1,8 Millionen Euro ein U-Space-Reallabor im Rheinischen Revier.

### Wissing sieht großes Potenzial in Drohnen

Bundesverkehrsminister Dr. Volker Wissing (FDP) erklärte in diesem Zusammenhang: "Wir wollen die Nutzung von Drohnen in Deutschland einfacher und sicherer ma-



Das Bundesverkehrsministerium hat ein Konzept zum Drohnenverkehr präsentiert.

Foto: BS/Thomas Ehrhardt, [pixabay.com](https://pixabay.com)

chen. Drohnen haben ein großes Potenzial, traditionelle Verkehrsströme zu entlasten und unseren Alltag zu erleichtern. Mit dem U-Space-Konzept schaffen wir eine wichtige Voraussetzung für das vernetzte und automatisierte Fliegen in unserem Land." Man wolle Deutschlands Rolle als Treiber in der unbemannten Luftfahrt weiter stärken und werde ein Gesetz vorlegen, das Innovation und Fortschritt ermögliche.

## Sachsen-Anhalt: Alle Landkreise und kreisfreien Städte erhalten Drohnen

(BS) Das Innenministerium Sachsen-Anhalt übergab an alle Landkreise und kreisfreien Städte des Bundeslandes Drohnen für den Katastrophenschutz-Einsatz.

Die 14 unteren Katastrophenschutzbehörden haben jeweils eine Drohne zur Führungsunterstützung erhalten. Zusätzlich wurde dem Institut für Brand- und Katastrophenschutz (IBK) Heyrothsberge eine Drohne zur Nutzung im Bedarfsfall übergeben. Bereits 2018 erhielten die Städte Magdeburg und Halle (Saale) jeweils eine leistungsstarke Drohne für Lageerkundungen bei Großschadenslagen und in Katastrophenfällen. Die Kosten für die nun 13 neu beschafften Drohnen belaufen sich auf

510.000 Euro. Am IBK Heyrothsberge wurden jeweils zwei Drohnenführer pro unterer Katastrophenschutzbehörde im Rahmen eines zweitägigen Lehrganges ausgebildet. "Moderne Drohnen verschaffen den Einsatzkräften der unteren Katastrophenschutzbehörden bei Einsätzen einen wertvollen Überblick. Der damit verbundene Zeitvorsprung bei der Bewältigung von Einsatzlagen kann im Ernstfall Leben retten. Die nunmehr landesweite Verfügbarkeit der Drohnen-Technik steigert die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes im Land", erklärte Sachsen-Anhalts Innenministerin Dr. Tamara Zieschang (CDU) bei der Übergabe.



Alle Landkreise und kreisfreien Städte in Sachsen-Anhalt verfügen jetzt über mindestens eine Drohne.

Foto: BS/Biskup-Klawon



## 26. Europäischer Polizeikongress

**SAVE  
THE  
DATE**

**Ein Europa?  
Freiheit – Sicherheit – Recht**

**3.– 4. Mai 2023**

hub27 Berlin

[www.europaeischer-polizeikongress.de](http://www.europaeischer-polizeikongress.de)

Illustration: K. Wegner

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

### Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Benjamin Hilbricht, Marco Feldmann, Jörn Fieseler, Dorothee Frank, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Matthias Lorenz, Sven Rudolf, Paul Schubert, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: [redaktion@behoerderspiegel.de](mailto:redaktion@behoerderspiegel.de); [www.behoerden-spiegel.de](http://www.behoerden-spiegel.de). Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.